



Entwurf einer Resolution für die Verbesserung der Bedingungen im Bildungssektor in Bosnien-Herzegowina

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von der ITUPEWBH und der TUSHENSC (Bosnien und Herzegowina) zur Annahme vorgelegt

Mit dem Ziel eines detaillierten Überblicks und einer Analyse der derzeitigen Probleme auf allen Bildungsebenen in Bosnien-Herzegowina (von der Vorschul- bis zur Hochschulbildung), schlagen die 'Unabhängige Gewerkschaft der Beschäftigten in der Grundschulbildung von Bosnien und Herzegowina' und die 'Gewerkschaft der Beschäftigten in der Sekundär- und Hochschulbildung, Natur, Wissenschaft und Kultur von Bosnien und Herzegowina' vor, bei der EGBW-Konferenz in Budapest vom 26. bis 28. November 2012 folgende Resolution zu verabschieden.

1. Obwohl hochwertige Bildung ein Recht jedes Einzelnen und jeder Einzelnen ist und obwohl sie von großer Bedeutung für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und intellektuelle Entwicklung der Gesellschaft ist, steht sie in letzter Zeit unter dem Einfluss der globalen Wirtschaftskrise.

In Bosnien-Herzegowina leben Bildungsbeschäftigte an der Armutsgrenze und werden wie Verwaltungsbeschäftigte behandelt, die nichts weiter als eine Standardhaushaltsausgabe darstellen. Der Verdienst der im Bildungssektor Beschäftigten ist kaum ausreichend für ein menschenwürdiges Leben und stellt für Lehrkräfte nicht gerade einen Anreiz dazu dar, hochwertigere Bildungsleistungen zu bieten.

2. Die Tatsache, dass die Regierungen die Gewerkschaften nicht als gleichwertige Partner anerkennen, führt zu einem Mangel an sozialem Dialog, einseitiger Verabschiedung von Arbeitsgesetzen und Nichteinhaltung branchenweiter Kollektivvereinbarungen.

Die Kantonalverwaltungen zahlen Beschäftigten im Falle von Urteilen im Hinblick auf die Nichteinhaltung von Kollektivvereinbarungen keine Entschädigung.

Zudem verstoßen ihre jüngsten Beschlüsse und Urteile gegen die branchenweiten Kollektivvereinbarungen, da sie die bereits festgeschriebenen und genau festgelegten Rechte, die sich aus diesen Vereinbarungen ergeben, aberkennen. Dies gefährdet, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Position und den gesellschaftlichen Status die Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

3. Generell erfolgen bei der Haushaltserstellung sämtliche Kürzungen zum Nachteil des Bildungssektors, woran eindeutig zu erkennen ist, dass dem Bildungssektor lediglich eine Grundfinanzierung zugestanden wird und dass dieser Sektor als ein Standardpunkt der Haushaltsausgaben und keinesfalls als Investition in die Zukunft betrachtet wird.

In Bezug auf obige Ausführungen fordern wir von den Regierungen in Bosnien-Herzegowina Folgendes:

- a. Harmonisierung der Gesetzgebung auf allen Bildungsebenen in Bosnien-Herzegowina;
- b. Strikte Einhaltung und Durchsetzung bestehender Kollektivvereinbarungen;
- c. Annahme einheitlicher Bildungsstandards, die allen Schülern und Studenten in Bosnien-Herzegowina gleiches Recht auf Bildung gewährleisten werden;
- d. Verabschiedung einer einheitlichen Besoldungstabelle, um sicherzustellen, dass in allen Kantonen der Föderation von Bosnien und Herzegowina dasselbe Gehalt für dieselbe Stellenkategorie gezahlt wird;
- e. Finanzielle Investitionen zur Verbesserung der Bedingungen im Bildungssystem in Bosnien-Herzegowina;
- f. Vollstreckung von Urteilen zu Kollektivvereinbarungen.